

**Niederschrift der 40. Sitzung des Hauptausschusses des Stadtrates Suhl am
13.03.2019**

Ort: Neues Rathaus, Raum 8

Zeit: 17.00 – 20.15 Uhr

Sitzungsleiter: Oberbürgermeister Herr Knapp

Tagesordnung:

Nicht öffentlicher Teil (TOP 1)

Öffentlicher Teil

- TOP 2:** Behandlung von Anfragen gemäß § 25 (5) der Geschäftsordnung
- TOP 3:** Informationen durch den Oberbürgermeister
- TOP 4:** Stand zum Beitritt Verkehrsverbund und Rennsteigticket
- TOP 5:** Behandlung von Beschlussvorlagen
- TOP 6:** Behandlung von Anträgen
- TOP 7:** Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters
- TOP 8:** Behandlung von Anfragen gemäß § 24 (2) der Geschäftsordnung

Nicht öffentlicher Teil (TOP 9 – 17)

Nicht öffentlicher Teil (TOP 1)

Öffentlicher Teil

Bekanntgabe der Anwesenheit

von 7 Mitgliedern des Hauptausschusses sind:
7 Mitglieder anwesend = 100 %

Damit ist der Hauptausschuss beschlussfähig.

Abstimmung gemäß § 20 (4) der Geschäftsordnung über das Rederecht in öffentlicher Sitzung

Rederecht in öffentlicher Sitzung für

Frau Schlütter, GF Regionalverbund Thüringer Wald e. V.
Herrn Smolka, GF SNG
zum Tagesordnungspunkt 4: Stand zum Beitritt Verkehrsverbund und Rennsteigticket

Über das Rederecht für o. g. Gäste wird wie folgt abgestimmt:

dafür 7 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 7 Stimmberechtigten

Damit erhalten o. g. Gäste das Rederecht zum Tagesordnungspunkt 4.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Über die geänderte Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

dafür 7 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 7 Stimmberechtigten

Damit ist die geänderte Tagesordnung bestätigt.

Tagesordnungspunkt 2:

Behandlung von Anfragen entsprechend § 24 (5) der Geschäftsordnung
(schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger an einzelne Stadtratsmitglieder, den
Oberbürgermeister, Beigeordnete oder Ausschussvorsitzende)

StR-Mitgl. Frau Ehrhardt fragt an, ob zur Bürgerversammlung am 18.03.2019, 19.00 Uhr im
CCS zur Gebietsreform die Möglichkeit für eine Übertragung eines Livestreams im
Regionalfernsehen besteht.

Oberbürgermeister Herr Knapp wird dies prüfen.

Tagesordnungspunkt 3:

Informationen durch den Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Herr Knapp informiert, dass in den Mappen der Programmablauf für
das Thüringer Europafest am 03./04.05.2019 zur Kenntnis liegt. Frau Leukefeld hatte in der
Hauptausschusssitzung am 20.02.2019 dazu nachgefragt.

3/2019

Niederschrift der 37. Sitzung des Hauptausschusses des Stadtrates Suhl am 13.02.2019

Über die Niederschrift der 37. Sitzung wird wie folgt abgestimmt:

dafür 7 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 7 Stimmberechtigten

Damit ist die Niederschrift der 37. Sitzung beschlossen.

Tagesordnungspunkt 4:

Stand zum Beitritt Verkehrsverbund und Rennsteigticket

Gäste: Frau Schlütter, GF Regionalverbund Thüringer Wald e. V.

Herr Smolka, GF SNG

Frau Schlütter führt zum Rennsteigticket aus:

- heute kann noch kein Ergebnis präsentiert werden
- Auftragsvergabe erfolgte Ende November an Verkehrsunternehmen nach deutschlandweiter beschränkter Ausschreibung
- Intention: Projekt aufgreifen, da festgestellt wurde, dass es im Verbandsgebiet Thüringer Wald, dem Mittelgebirge Thüringer Wald und Schiefergebirge mehrere Gästekartensysteme gibt, über 10 Karten im Umlauf
- lange nicht auf Niveau touristischer (tour.) Konkurrenz, u. a. Harz
- gibt ca. 4 – 5 Karten, die Freizeitangebote rabattieren und auch den ÖPNV inkludiert haben
- 2015 durch Freistaat Fördermittel an Biosphärenreservat ausgereicht für Pilotprojekt, gestaffelt für Rennsteigbahn mit Anbindung Bahnhof Rennsteig – Erfurt und entsprechende ÖPNV-Anbindung
- damals Situation, dass wichtige tour. Orte, wie Suhl, Oberhof und Masserberg, dem Rennsteigticket nicht beigetreten sind – gab verschiedene Gründe, u. a. Umlagebetrag
- außer Ferienregion Oberhof gibt es weitere vier kommunale Arbeitsgemeinschaften im Thüringer Wald
- geschaut, wo es Kartensysteme gibt, bei denen ÖPNV integriert ist
- war Anlass mit Thür. Wirtschaftsunternehmen Gespräche zu suchen, um Verkehrsunternehmen und tour. Beratung als Partner nach Ausschreibung ins Boot zu holen, um Angebote im Thür. Wald auf Kompatibilität untersuchen zu lassen
- prüfen, wie in ein System und wie Kulturstätten einbinden
- Auftrag an PTV Transport GmbH Dresden vergeben, touristischen Part an Fa. DWIF in München, haben bereits an Tourismuskonzept des Freistaates und des Regionalverbundes Thüringer Wald mitgearbeitet
- Auftrag unterteilt in mehrere Schritte: erst Gebiet analysieren, dann welche Möglichkeit besteht zur Tarifeinheit und einheitlichem Umlageschlüssel, was können Gäste und Bürger nutzen
- Vorschläge zur Kulturanbindung und technischen Umsetzung sind zu unterbreiten
- Prozess wird sich über mehrere Jahre hinziehen
- visionärer Ansatz gestellt – ist ergebnisoffen
- Ziel: einheitliches Angebot für Gäste und Bürger
- Rennsteigticket ist ein Baustein aus dem Projekt „Zukunft Thüringer Wald“, deswegen Förderung vom Freistaat
- im Mai wird Auswertung erste Stufe erwartet – Analyse bestehender Angebote
- Stadt Suhl über Herrn Greiser eingebunden
- Ablauf: Studie muss bis 30.06.2019 erarbeitet sein
- Lenkungsausschuss wird erweitert, damit alle wichtigen kommunalen Gebietskörperschaften vertreten sind
- bittet, wenn Ergebnisse vorliegen, dass diese für Beitritt geprüft werden
- wird Angebote für starke Hotels geben, die nicht über Gebietskörperschaft abgedeckt sind
- Nachbesserungen können durch Kommunen mitgestaltet werden

Herr Smolka ergänzt zum Vortrag:

- froh, dass touristische Schiene gehört wird
- in letzten Jahren gab es Anschein, dass SNG gegen Rennsteigticket ist, ist nicht der Fall

- ging um touristisches Projekt, bei dem zum Schluss Ilm-Kreis übrig geblieben ist
- Mehrzahl Nutzer bisher bei Rennsteigbahn und nicht bei ÖPNV
- damals Empfehlung an Stadt Suhl, keine Beteiligung, da Einzahlung und Rückfluss nicht im Verhältnis stehen
- gibt Probleme bei Zuarbeit: Planungsbüro geht davon aus, dass „fantastische“ Statistiken zu Nutzern vorliegen, ist schwierig, aber Zuarbeit wird unterstützt
- Masserberg hat für 2021 Beitritt erklärt, aber Kurtaxe bereits erhöht
- geht um kostenlose Nutzung ÖPNV
- sieht erheblichen Zeitbedarf
- möchte auf spezifisches Problem in Suhl hinweisen mit Eingemeindung von Schmiedefeld und Gehlberg, die bereits in Rennsteigticket integriert sind
- Problem ist zu klären; Bereitschaft von Seiten SNG besteht, wenn Ausschüttung erfolgt
- wenn Lösung avisiert wird, muss bei Schmiedefeld das Ringberghotel berücksichtigt werden, dass sich nicht an Rennsteigticket beteiligen will

StR-Mitgl. Frau Leukefeld bedankt sich für die Ausführungen. Die Debatte rührt aus dem Jahr 2016 her, wo erste Positionen geäußert wurden. Sie ist froh, dass es Bestandteil des Tourismuskonzeptes ist. Sie möchte bekräftigen, dass Suhl dabei bleibt und dafür eintritt, dass es das Rennsteigticket gibt und Wege zur Beteiligung gesucht werden. Sie fragt zur zeitlichen Umsetzung. Suhl muss in Gänze und nicht nur mit einer Linie beteiligt werden. In Gehlberg wurde in mehreren Veranstaltungen versprochen, dass das Rennsteigticket bleibt. Bis wann wird eine Entscheidung getroffen?

Frau Schlütter führt aus, dass die Ergebnisse im Präsidium und Verwaltungsrat vorgestellt werden und dort eine Zeitschiene vorgeschlagen wird auf Grund der Lösungsansätze. Es geht nicht um bestehende Dargebote. Ziel ist es, den Rennsteig mit den wichtigsten Kulturstätten zu verbinden. Sie geht davon aus, dass sie bis 2025 zu tun haben.

Herr Smolka ergänzt, dass Einigkeit besteht, dass gesamte Netze das Rennsteigticket anerkennen müssen. Das heißt, es kommt mehr Leistung rein. Dann muss entschieden werden, wie das Geld verteilt wird. In Gehlberg wird das Rennsteigticket in Ilmenauer Bussen anerkannt.

StR-Mitgl. Frau Müller fragt an, ob es eine Übersicht zu allen Karten gibt. Gibt es eine Vernetzung? Macht die Münchner Firma das Gesamtprojekt?

Dies wird von **Frau Schlütter** verneint, das ist ein Verkehrsplanungsunternehmen. Die Firma unterstützt bei der Expertenbefragung der Gästezahlen und der Erfassung des Kurbeitragsaufkommens. Das ist ein kleiner Teil der Auftragstellung. Abgewählt wurde die Implementierung der Dargebote des Naturparks Thüringer Wald. Der Freizeitbereich ist bei dieser Untersuchung ausgeklammert. Es muss geprüft werden, was die Zielgruppen wollen.

StR-Mitgl. Frau Müller fragt, wer alles koordiniert und zusammenführt.

Frau Schlütter informiert, dass der Maßnahmeträger der Regionalverbund ist. Es gibt derzeit keinen separaten Mitarbeiter dafür. Das finanzielle Handling für die Biosphäre läuft über den Verein Bus-Bahn Thüringen.

StR-Mitgl. Frau Ehrhardt fragt zum Ziel an. Soll im Jahr 2025 der gesamte Verkehrsverbund greifen oder nur das Rennsteigticket?

Frau Schlütter führt aus, dass dann das Rennsteigticket umgesetzt sein soll. Jedoch ohne vorliegende Ergebnisse können keine Aussagen getroffen werden.

Herr Smolka führt zum Verkehrsverbund aus:

- ist politische Zielstellung
- ist im Koalitionsvertrag von Landesregierung nicht zum Ziel geführt worden
- Studie erstellt - wenn Ergebnis vorliegt, gibt es aber keine Anschubfinanzierung zur Umsetzung
- Machbarkeitsstudie im Jahr 2016 durchgeführt; eingesehen, dass in Thüringen ein Verkehrsverbund reicht
- Einigung auf Verkehrsverbund Mittelthüringen
- Ergebnis Studie - in drei Etappen umsetzen
- in Diskussion mit Gebietsreform geraten – Thema ist vertagt worden
- danach Einwände gefunden
- wenn große Lösung, ist an Basis Aufschlag notwendig
- Verkehrsverbund ist finanzielles Problem: mit einem Fahrschein durchfahren und das noch preisgünstiger – dazu muss Einnahmeaufteilung an Unternehmen erfolgen
- Land hat sich mit Ziel zur 1. Phase zufrieden gegeben, alles andere offen
- Azubiticket vorangetrieben – 10 Mio. € eingespeist
- viele Verkehrsunternehmen stellen Verkehrsverbund in Frage, da es für vieles Apps gibt
- Frage Verkehrsverbund wird nicht in ursprünglicher Form in dieser Legislatur bzw. der Nächsten eine Umsetzung erfahren

Tagesordnungspunkt 5:

Behandlung von Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

Tagesordnungspunkt 6:

Behandlung von Anträgen

Es liegen keine Anträge vor.

Tagesordnungspunkt 7:

Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine schriftlichen Informationen vor. Durch den Oberbürgermeister wurden keine Eilentscheidungen getroffen.

Nach Zustimmung der Gäste wird der TOP 9 öffentlich und jetzt in der Tagesordnung behandelt.

Tagesordnungspunkt 9:

Berichterstattung zur Suhler Kindertafel

Gäste: Herr Griebel, Geschäftsführer GSD Suhl mbH

Frau Ehrhardt, Leiterin Familienzentrum „Die Insel“

Herr Hennig, Vorstand Stadtjugendring Suhl e. V.

Herr Turczynski, Bürgermeister

Oberbürgermeister Herr Knapp informiert, dass in der Sitzung am 13.02.2019 eine Anfrage zur Kindertafel erfolgte, mit der Festlegung zur Berichterstattung in der heutigen Sitzung. Frau Leicht vom Jobcenter war ebenfalls eingeladen, kann heute aber nicht teilnehmen, daher wurde eine schriftliche Stellungnahme bereits mit den Unterlagen verteilt.

Herr Griebel gibt eine allgemeine Einschätzung:

- Dank für Vorstellung und an Verwaltung für Unterstützung
- Ausgang ist bisher ungewiss
- Kindertafel besteht seit 12 Jahren
- damals bei Sozialraumkonferenz Thema Kinderarmut angesprochen
- überlegt, ob das Familienzentrum dies als Träger der Tafel umsetzen kann
- Konzept zur Umsetzung entwickelt, dass Brote an Schulen kommen
- damals bereits Diskussion über Hartz IV-Sätze, aber niemand so arm, dass Kinder kein Frühstück mitbekommen
- ausschlaggebend, das Problem nicht auf Rücken der Kinder austragen
- Jobcenter als Kooperationspartner gewonnen
- im Familienzentrum Die Insel war kein Platz
- Kapazitäten gab es im Nordlicht, damit Stadt als Kooperationspartner ins Boot
- lief bisher auch mit Personalwechsel gut, Förderung über 2. Arbeitsmarkt
- unterschiedliche Förderprogramme
- letzte Förderprogramme über Bund und Land
- Stadt hat Zuschlag für Bundesprogramm nicht bekommen
- Landesprogramm ist mit Arbeitslosenversicherungspflicht, Bundesprogramm ohne
- Anschlussprogramm zum 01.01.19 gab es nicht
- bisher keine Fördermittelzusage, Anträge können gestellt werden
- bis neues Bundes- bzw. Landesprogramm greift, Überbrückung schaffen mit klassischen 1 €-Jobbern, ist nicht attraktiv
- Problem, von bisher acht Beschäftigten sind fünf nicht förderfähig, von restlichen drei, nur eine Person gegenwärtig bei Tafel
- von zugewiesenen 1 €-Jobbern nur einer geblieben
- Erwartungshaltung war, dass ehemalige Beschäftigte die Neuen einweisen
- 2. Arbeitsmarkt gibt kein Potential her
- seit 07.02.19 nur zwei Zuweisungen, die aus gesundheitlichen Gründen abgesagt haben
- klar, dass Kernbestand nötig
- Förderinstrumente nicht mehr alleine tauglich
- Zugangsvoraussetzung für Maßnahme: in letzten sieben Jahren sechs Jahre unterbrechungsfrei im ALG II-Bezug ohne Führerschein
- Träger kamen zur Einschätzung, dass drei Personen dauerhaft in Kindertafel gehalten werden müssen
- dafür gibt es keine Förderinstrumente
- daher auf Suche nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten
- Größenordnung: 1.500 €/Monat/Arbeitnehmer
- Träger können dies nicht stemmen, daher Signal an Stadt
- Rettungsanker von Stadt Suhl i. H. v. 5 T€ und Sühler Firma von 4,5 T€ sowie von drei Trägern je 1,5 T€ - somit drei Monate gesichert
- gibt Antrag bei Aktion Mensch
- Idee: ein Unternehmen hat bereits geholfen, evtl. Bereitschaft vieler Unternehmen zur Unterstützung – könnte ein Schlüssel zum Glück sein
- Schweinfurter Kindertafel löst Umsetzung im Ehrenamt (u. a. mit Azubis aus Unternehmen)
- letztes Jahr Unterstützung Kindertafel – Auto als Spende und weitere Spende von Unternehmer für Unterhaltung Auto
- ausdrücklich nicht Erwartungshaltung an Stadt Suhl wegen Haushaltslage
- ist freiwillige Aufgabe
- Wunsch: Brief an Firmen von Trägern sind nachhaltiger, wenn OB mit unterzeichnet

Frau Ehrhardt, Familienzentrum Die Insel:

- Leiterin Kindertafel, Frau Sawitzki, ist 15 Std. in Kindertafel angestellt, finanziert von GSD und 10 Std. als Leiterin der Suhler Tafel, finanziert von ev. Kirche
- Achtung vor Leistung
- funktioniert nur, da Herr Griebel und sie selbst auch Zeit investieren
- Auto der Kindertafel fährt auf Sponsorenbasis
- Spendenbrief an Firmen bereits formuliert
- Anträge für verschiedene Förderaktionen gestellt

Herr Hennig:

- Kindertafel Gemeinschaftsprojekt von Stadtjugendring und Familienzentrum Die Insel
- bisher immer über Stadtjugendring abgesichert
- Problem, dass Stadtjugendring Aufgabe zur Aufrechterhaltung der Kindertafel ehrenamtlich nicht mehr stemmen kann
- Kindertafel nicht Aufgabe der GSD
- Gibt es die Möglichkeit, im Stadtrat darüber nachzudenken, hauptamtliches Personal in Form einer Geschäftsstelle im Stadtjugendring zu fördern?
- Bitte, in Perspektive zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Stadtjugendring zu unterstützen

StR-Mitgl. Herr Kalkhake hat gutes Gespräch mit Frau Ehrhardt vom Familienzentrum geführt. In der Berichterstattung der Presse aus der Sitzung vom 20.02.19 wurde er fälschlich zitiert, dass sich die ev. Kirche nicht für die Kindertafel interessiert. Er hatte die juristische Form und Trägerschaft hinterfragt. Dies ist beantwortet. Die Kindertafel ist keine juristische Person und die Träger haben ein gemeinsames Projekt. Er bittet um Richtigstellung in der Presse.

StR-Mitgl. Frau Leukefeld spricht ihren Dank für das Engagement zur Kindertafel aus. Sie hat die Anfrage im Namen einer Bürgerin gestellt, die Sozialarbeiterin ist und den Vorschlag unterbreitet hat, ob die Stadt zur Spendenaquirierung helfen kann. Die Bürgerin hat einen weiteren Brief an Frau Leukefeld geschrieben, den sie übergibt, um diesen dem Protokoll beizufügen. Frau Leukefeld bittet darum, dass die Stadt einen Aufruf startet zur Unterstützung des Projektes. Es geht um ein soziales Projekt, Kinder- und Jugendarbeit und Sozialarbeit im weitesten Sinne, was durchaus eine kommunale Aufgabe ist. Im Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben für Generationen“ stehen finanzielle Mittel für Kommunen zur Verfügung. Über das Programm sollten die Themen Armutsprävention, Familienunterstützung, Kinder- und Jugendarbeit aufgegriffen werden. Es geht um mehr als nur um Brote schmieren. Wenn eine inhaltliche Verbindung mit einer tatsächlichen Familienhilfe möglich ist, wäre das gut. Sie glaubt, dass die Aufgabe in kommunaler Hand gemeinsam mit den Akteuren liegt.

StR-Mitgl. Frau Müller fragt, ob es bei den gestellten Anträgen Hoffnung auf finanzielle Unterstützung gibt. Wie erfolgt die personelle Absicherung?

Herr Griebel glaubt nicht, dass es mit Personal vom 2. Arbeitsmarkt funktioniert, da keine passenden Personen zur Verfügung stehen. Bei dieser Förderung gibt es Geld, aber keine Leute. Wunsch ist, Bestandpersonal zu retten. Bei der Aktion Mensch wäre eine Förderung über fünf Jahre möglich, das Ergebnis ist noch offen. Es wird alles probiert, um Lösungen zu finden.

StR-Mitgl. Frau Habelt teilt eine Idee mit. Die Essenanbieter an den Schulen stellen zum Austeilen des Essens Personal. Eventuell kann hier eine Kooperation erfolgen.

StR-Mitgl. Frau Ehrhardt lobt die gute Arbeit. Die Aufforderung an die Firmen der Stadt ist möglich, kann jedoch nicht die Lösung sein. Firmen unterstützen bereits viel, u. a. Sportvereine. Sie hat keine Hoffnung, dass da noch viel kommt.

StR-Mitgl. Frau Müller fragt nach, wie die Chancen zum Teilhabeprojekt stehen.

Bürgermeister Herr Turczynski erläutert, wenn die Stadt dies möchte und Priorität darauf setzt, kann dies getan werden. Es kann alles gemacht werden im Sinne der Familienförderung. Das Projekt muss formuliert werden. Dafür wird Zeit benötigt, da es einen umfangreichen Planungsprozess gibt. Die Entscheidung zum Einsatz der Gelder hat der Stadtrat zu treffen, wobei zu berücksichtigen ist, dass es Besitzstandswahrungen für Projekte gibt. Eine Umsetzung kann nicht in diesem Jahr erfolgen.

StR-Mitgl. Frau Ehrhardt fragt, was passiert, wenn es zum 01.05.2019 keine Lösung gibt. Bedeutet dies das Ende für die Kindertafel?

Dies wird von **Herrn Griebel** bestätigt. Wenn keine Lösung gefunden wird, gibt es keine Zukunft für die Kindertafel.

Frau Ehrhardt, Familienzentrum Die Insel, weist darauf hin, dass das Bestandpersonal nicht mehr gefördert werden kann.

Herr Hennig führt aus, dass kein Förderprogramm etwas nützt, wenn die Personen dafür nicht vorhanden sind. Vor vier Jahren wurde bereits über die Gründung eines Fördervereins nachgedacht. Dafür fehlt die „Lichtgestalt“ für den Vorsitz. Vielleicht findet sich dafür eine Persönlichkeit. Die Träger sind derzeit nicht mehr in der Lage, den Fortbestand der Kindertafel finanziell zu stemmen. Unter der Crux der gegebenen Fördermittel muss eventuell die Entscheidung zur Schließung der Kindertafel getroffen werden.

StR-Mitgl. Herr Dr. Kummer informiert, dass die Fraktion CDU eine Anfrage zur Kindertafel gestellt hat. Diese resultierte aus der Berichterstattung in der Presse. Er ist im Kontakt mit dem Bundesverband der Tafeln. Die Tafel ist ein Ehrenamt und großteils in Vereinen organisiert. Der Landesverband Thüringen ist als Verein organisiert. Vieles spricht für eine Vereinslösung. Wenn es als kommunale Aufgabe gesehen wird, muss es institutionalisiert werden. Ist die Suhler Tafel Mitglied im Landesverband der Thüringer Tafeln?

Herr Hennig antwortet, dass die Suhler Tafel in Trägerschaft der ev. Kirche ist. Die Kindertafel ist davon losgelöst als eigenständiges Projekt zu betrachten. Für die Kindertafeln gibt es keinen Landesverband.

StR-Mitgl. Herr Dr. Kummer stellt fest, dass weder die Suhler Tafel noch die Kindertafel einen Vereinsstatus haben. Die Frage ist, was in Zukunft gewollt ist: Organisation in einem Verein, Institutionalisierung bei der Stadt Suhl oder weiter machen wie bisher.

Frau Erhardt, Familienzentrum Die Insel, informiert, dass die Suhler Tafel Mitglied im Landesverband Thüringen ist.

StR-Mitgl. Herr Dr. Kummer fragt nach, wie die Bedürftigkeit bei der Tafel geprüft wird. Bürger haben ihn angesprochen, dass sie keinen Tafelausweis bekommen. Die Einkommensgrenzen sind nicht veröffentlicht. Warum?

Frau Ehrhardt, Familienzentrum Die Insel, erläutert, dass die Einkommensgrenzen überarbeitet werden und in der nächsten Sitzung des Gemeindegemeinderates darüber beraten wird. Die alten Tafelausweise sind bis 31.03.19 gültig.

Herr Hennig teilt mit, dass die Tafel ein anderes Thema ist, der eine gesonderte Ausschusssitzung gewidmet werden könnte. Für die Kindertafel könnte ein Verein gegründet werden, dies ist jedoch schwierig. Deshalb wurde über einen Förderverein nachgedacht.

Oberbürgermeister Herr Knapp unterbreitet einen Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise. Herr Turczynski hat die Möglichkeit zur Initiierung von Projektgeldern aufgezeigt, dies muss mit dem notwendigen zeitlichen Vorlauf geprüft werden. Die Bedarfe wurden abgebildet. Soweit über den § 16 i SGB II kein entsprechendes Personal gefunden werden kann, gibt es ein Problem. Die Beteiligten sollten in enger Abstimmung bleiben. Zum Förderaufruf ist er bereit, diesen zu unterstützen, um Mittel einzuwerben. Die Frage nach der Spendenquittung ist zu klären.

Herr Hennig weist darauf hin, dass der Stadtjugendring spendenberechtigt ist, und auch Spendenquittungen ausstellen kann. Ebenso das Familienzentrum Die Insel.

Oberbürgermeister Herr Knapp fasst zusammen, wenn am Ende ein Betrag offen bleibt, ist ad hoc zu entscheiden, in welcher Form die Stadt unterstützen kann und will.

StR-Mitgl. Herr Weltzien möchte dafür werben, einen öffentlichen Spendenaufruf von städtischer Seite zu unterstützen. Weiterhin sollte der Oberbürgermeister vom Hauptausschuss befähigt bzw. gebeten werden, im Zweifelsfall kurzfristig im Rahmen der Möglichkeiten zu reagieren.

Tagesordnungspunkt 8:

Behandlung von Anfragen gemäß § 24 (2) der Geschäftsordnung

StR-Mitgl. Frau Müller fragt, unabhängig zu dem heutigen Presseartikel, nach, wann die LEG in Suhl-Nord aktiv wird. Der vorherige Oberbürgermeister hat dies mit auf den Weg gebracht. Die LEG war beauftragt, für die 16 ha ein Projekt zu machen.

Oberbürgermeister Herr Knapp informiert, dass er im Februar im Thür. Wirtschaftsministerium bei Minister Tiefensee zur Vorbereitung einer Kontaktaufnahme mit der LEG war. In der vergangenen Woche gab es einen Termin mit dem zuständigen Bearbeiter der LEG, Herrn Reinhardt, in Suhl und es wurde die Interessenslage bekundet. Derzeit gibt es folgende Situation: In Suhl-Nord gibt es zwei Umnutzungsgebiete, ein Kleineres und ein Größeres. Diese sind gegenwärtig noch nicht vermarktungsfähig, da auf einem noch zwei Würfelhäuser eines dritten Eigentümers vorhanden sind. Auf der weiteren Fläche gibt es Aufbauten Dritter, die gegenwärtig eine Nutzung noch ausschließen. Für die weitere Entwicklung wird ein Handlungsrahmen und die Unterstützung der LEG benötigt. Dies setzt einen Auftrag des Wirtschaftsministers voraus. In den nächsten Wochen wird der Kontakt zur Geschäftsführerebene der LEG gesucht. In der vergangenen Woche wurde die Arbeitsebene eingebunden, um eine Projektskizze aufzuzeigen, wie es weiter gehen kann.

StR-Mitgl. Frau Müller spricht das Gewerbegebiet Sehmar an. Wie werden unter anderem die Berichterstattungen und Nachfragen angenommen? Es müsse sich Gedanken gemacht werden. Steht eventuell eine Umnutzung im Raum?

Oberbürgermeister Herr Knapp antwortet, dass sich verwaltungsseitig bereits damit befasst wurde. Im Rahmen der Berichterstattung zum ISEK erfolgt ein Sachstand dazu in der Stadtratssitzung im April. Derzeit sind 19 % der Flächen verkauft, aber noch nicht bebaut. Somit ist die Frage der Umnutzung für die bereits verkauften Grundstücke problematisch. Die Prüfung zur Wandlung in ein Mischgebiet erfolgt. Es wurde sich verwaltungsseitig verständigt, dass diese Wandlung erst erfolgt, wenn andernorts Gewerbegebiete ausgewiesen werden können für die, die immissionsstarkes Gewerbe ausüben wollen. Das ist vorzugsweise in Suhl-Nord mit dem Umnutzungsgebiet Nr. 1 machbar und möglich.

StR-Mitgl. Frau Ehrhardt blickt in die Vergangenheit. Im Jahr 2004 war eine der ersten Forderungen von Aktiv für Suhl, sich von Suhl-Nord zu trennen, um den Sehmar zu stoppen. Dann kam die Abstimmung zum ISEK. Es ist gut, dass dies gemacht wurde. Wenn zu Suhl-Nord schneller eine Entscheidung getroffen worden wäre, wäre Suhl jetzt weiter.

Nicht öffentlicher Teil (TOP 10 – 17)

Damit erklärt der Oberbürgermeister, i. V. Bürgermeister Herr Turczynski die 40. Sitzung des Hauptausschusses für beendet.

André Knapp
Oberbürgermeister

N. Backhaus
Schriftführerin